

## Presseinformation

Kiel, den 15.05.2014

Es gilt das gesprochene Wort

Jette Waldinger-Thiering

**TOP 9,24,30+33 Entwurf für ein Lehrkräftebildungsgesetz und Anträge zur Lehrerausbildung/ Sekundarstufen-II-Ausbildung**  
Drs. 18/1760 u.a.

*„Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sind wir auf dem besten Weg zu einer modernen und zukunftsweisenden Lehrerbildung“*

Wenn ich ehrlich bin, dann stimmt mich der gesamte Ablauf rund um dieses Gesetzgebungsverfahren doch sehr nachdenklich. Wie Sie wissen, haben SSW, Grüne und SPD dieses Thema mit dem klaren Anspruch angepackt, endlich eine zeitgemäße - und damit den faktischen Strukturen der Schullandschaft entsprechende - Lehrerbildung zu schaffen. Es mag sein, dass in diesem Prozess nicht immer alles optimal gelaufen ist. Aber um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Unser Ziel ist es, die modernste und qualitativ hochwertigste Ausbildung für unsere Lehrerinnen und Lehrer zu schaffen. Die Stärkung oder Schwächung einzelner Standorte oder sonstige taktische Spielchen oder sogar Geheimpläne spielen für uns mit Sicherheit keine Rolle.

### SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: [landtag@ssw.de](mailto:landtag@ssw.de)

Dass der Opposition trotzdem fast jedes Mittel recht ist, um dieses Gesetz zu torpedieren, finde ich enttäuschend. Gerade von jenen, die in eigener Regierungsverantwortung in dieser Sache so gut wie gar nichts bewegt haben, hätte ich einen deutlich konstruktiveren Beitrag erwartet. Aber wenn wir ehrlich sind, dann wurde die Anpassung der Lehrämter an die Schullandschaft sogar schon im Zuge der Schulgesetzänderung von 2007 versäumt. Aber das ist Schnee von gestern und zeigt in meinen Augen nur deutlich, wie wichtig diese Initiative von Rot-Grün-Blau heute ist.

Ich habe durchaus Verständnis dafür, wenn der eine oder andere die geplanten Änderungen bei der Lehrerausbildung im Land als unbequem oder sogar störend empfindet. Denn Veränderungen können wehtun. Keine Frage. Aber das gibt einem noch lange nicht das Recht, Horrorvisionen zu verbreiten und dadurch unnötig Ängste zu schüren. Statt der vielen Märchen die im Umlauf sind - oder zumindest waren - möchte ich auf einen Fakt hinweisen: Niemandem wird durch die geplante Neuordnung der Lehrerbildung etwas weggenommen! Hier ging und geht es nicht um die Verlagerung von Kompetenzen oder Kapazitäten. Hier geht es einzig und allein um die Stärkung und die zeitgemäße Ausrichtung der Lehrerbildung und damit um die Hochschullandschaft insgesamt. Aus Sicht des SSW ist es auch für die Zukunft dringend empfehlenswert, dass alle Beteiligten diese Tatsache im Hinterkopf haben und die Reform mit der gebotenen Sachlichkeit begleiten.

Es geht uns nicht um Standortfragen. Und genauso wenig wollen wir diese dringend notwendige Reform einfach in „Basta-Manier“ durchdrücken. Auch wenn die Betroffenen immer mal wieder einen anderen Eindruck erwecken wollten, muss ich auf eins hinweisen: Sowohl Flensburg wie auch Kiel wurden und werden umfangreich in den Gesamtprozess einbezogen. Das Bildungsministerium hat die Pläne mit beiden Universitäten beraten und regelmäßig Gespräche geführt. Ich gehe fest davon aus, dass sich daran auch in Zukunft nichts ändern wird. Und man sollte auch nicht vergessen, dass noch eine umfangreiche Anhörung zu

diesem Gesetzentwurf ins Haus steht. Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen und konstruktive Vorschläge einzubringen, waren und sind also durchaus vorhanden.

Noch einmal: Ziel ist eine landesweit einheitliche und vor allem qualitativ gleichwertige Ausbildung unserer Lehrkräfte. Es liegt doch auf der Hand, dass hierfür ein wenig Kompromissbereitschaft und Flexibilität gefragt ist. Das gilt für Flensburg und für Kiel gleichermaßen. Wer nur die nüchternen Fakten betrachtet, wird jedenfalls keine einseitige Schlechterstellung oder sonstige Benachteiligung eines Standorts erkennen. Und eins will ich deutlich sagen: SPD, Grüne und SSW sind es, die endlich den denkwürdigen Zustand beenden, in dem munter Lehrkräfte für Schulformen ausgebildet werden, die es so gar nicht mehr gibt. Diese Anpassung an die tatsächliche Schulstruktur ist längst überfällig und ganz besonders wichtig.

Wer sich den Gesetzentwurf genauer angeschaut hat, wird auch wissen, dass wir all unsere Lehrerinnen und Lehrer nicht nur fachwissenschaftlich exzellent ausbilden wollen. Nein, sie werden in Zukunft auch flexibel einsetzbar sein. Zu diesem Zweck sollen in Kiel wie in Flensburg Sekundarlehrkräfte ausgebildet werden, die von Klasse 5 bis 13 unterrichten können. Sie bekommen damit die erforderlichen Kompetenzen für Gymnasien wie für Gemeinschaftsschulen. Dies entspricht dem Geist unseres Schulgesetzes und bedeutet keinesfalls eine Absenkung von fachlichen Standards. Ganz im Gegenteil: Damit wird die Ausbildung zum Wohle unserer Kinder grundsätzlich auf gymnasiales Niveau angehoben. Und Lehrerinnen und Lehrer erster und zweiter Klasse gehören nach diesen Plänen mittelfristig der Vergangenheit an. Warum hier manche noch immer von einer Abschaffung des Gymnasiums reden, ist mir persönlich schleierhaft.

Ein weiterer sehr bedeutender Punkt, auf den der Gesetzentwurf erste, wichtige Antworten gibt, ist die Herausforderung eines wirklich inklusiven Schulsystems. Denn nach den vorliegenden Plänen werden unsere Lehrerinnen und Lehrer endlich schon im Studium das

Rüstzeug für die zentralen Anforderungen des Schulalltags bekommen. Sie sollen schon hier viel stärker für die individuelle Verschiedenheit der Schülerinnen und Schüler sensibilisiert werden. Pädagogische wie auch didaktische Basisqualifikationen für den Umgang mit Heterogenität und Inklusion werden zukünftig in die Ausbildung für alle Lehrämter integriert. Sie werden nicht erst im Nachhinein im Rahmen von Fortbildungen vermittelt. Das ist in meinen Augen nicht nur gut, sondern schlicht und einfach notwendig. Denn so werden unsere Lehrerinnen und Lehrer von Beginn an in die Lage versetzt, ihren Unterricht entsprechend zu gestalten. Und das ist nicht nur für die Kinder von Vorteil, sondern vor allem auch für die Lehrkräfte selbst.

Wer rein ideologisch argumentiert, wird natürlich immer weiter von Gleichmacherei oder von notorisch überforderten Einheitslehrern sprechen können. Wir aber sehen die weitestgehend einheitliche Ausbildung der Lehrkräfte für alle weiterführenden Schulen als absolut modern und wegweisend an. Die Fraktionsvorsitzenden haben es am Dienstag deutlich gesagt: Die Qualifikation aller Lehrkräfte für Sekundarstufe 1 und 2 ist eindeutig die beste Antwort auf die bestehende Wahlfreiheit zwischen Gymnasien und Gemeinschaftsschulen. Und es ist die richtige Antwort auf die Veränderungen, die der demografische Wandel nicht zuletzt für unsere Schulen bringt.

Doch auch für die Minderheiten im Land bringt der vorliegende Gesetzentwurf klare Fortschritte. Denn die Vermittlung der Bedeutung der Sprache, Geschichte und Kultur der nationalen dänischen Minderheit, der friesischen Volksgruppe und der Minderheit der deutschen Sinti und Roma sind zukünftig fester Bestandteil der Lehrkräftebildung. Auch hier wird es im weiteren Verlauf noch um die konkrete Ausgestaltung gehen. Grundsätzlich spiegelt das Thema Minderheiten im Lehrerbildungsgesetz aber schlicht und einfach die Realitäten in unserem Land wider. Und auch wenn sie eigentlich längst überfällig ist, wird diese Neuerung hoffentlich nicht nur vom SSW ausdrücklich begrüßt.

Die Einschätzung, dass eine konsistente Lehrerbildung nicht erst seit der letzten Schulgesetzänderung überfällig ist, wird von sehr vielen Betroffenen geteilt. Dem kommen wir nach, indem wir die Lehrerbildung im Land endlich modern gestalten und qualitativ hochwertig ausrichten. Dabei ist klar, dass diese Weiterentwicklung in Kiel, Flensburg und Lübeck stattfinden wird. Und zwar in einem absolut überschaubaren Kostenrahmen. Ich möchte der Anhörung nicht vorgreifen. Sicher werden sich hier noch Änderungsbedarfe zeigen, denen wir selbstverständlich nachgehen werden. Aber klar ist, dass wir das Gesetz bis zum Sommer verabschieden und damit Planungssicherheit für alle Beteiligten schaffen werden. Schon allein damit ist für die Betroffenen deutlich mehr erreicht, als unter unseren Vorgängern.